

Demokratie und Geschlecht. Ansätze einer staatstheoretisch-materialistischen feministischen Demokratietheorie

Birgit Sauer

Die politische Situation von Frauen in liberalen Demokratien war und ist paradox: Die vergangenen vier Jahrzehnte sind ohne Zweifel durch eine partizipatorische Mobilisierung von Frauen gekennzeichnet. Nicht zuletzt durch Quotenregelungen wurden sie in demokratischen Institutionen sichtbarer, und neue gleichstellungspolitische Instrumente wie das Gender Mainstreaming sollen die Bedürfnisse und Interessen von Frauen im demokratischen Politikprozess berücksichtigen. Geschlechtergleichstellung ist in den meisten europäischen Staaten sowie in internationalen Organisationen als Politikziel anerkannt und wird als eine Dimension der Demokratisierung moderner Demokratien betrachtet.

Und doch steht diesen Entwicklungen eine Tendenz der postdemokratischen Entmächtigung von Frauen gegenüber. Die Hinterzimmer der ›Verhandlungsdemokratie‹ bleiben ihnen verschlossen, und die neuartigen Politiknetzwerke (wie z. B. die informellen Zusammenschlüsse von Staaten in Formaten wie G7 und G20) schwächen jene Repräsentationsorgane, zu denen sich Frauen den Zugang durch Quoten erkämpft haben. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Staatsorientierung gleichstellungspolitische Akteurinnen nicht zu Komplizen des Neoliberalismus machte, wurden doch gleichstellungspolitische Agenden zu zentralen Elementen des neoliberalen politischen und gesellschaftlichen Umbaus, und die gleichstellungspolitischen Erfolge der vergangenen Jahrzehnte sind gleichsam problemlos als mit steigender sozialer Ungleichheit kompatibel erschienen. Es scheint, als sei die feministische Debatte in eine neo-kapitalistische Falle geraten, verortet sie doch die repräsentationspolitischen Erfolge kaum im Kontext bzw. als Dimension einer generellen Schwächung demokratisch-repräsentativer Organe. So mutet die Frage nach parlamentarischer Repräsentation von Frauen angesichts rascher und tiefgreifender Prozesse der Entparlamentarisierung geradezu antiquiert, wenn nicht irreführend an. Vor allem aber rückt angesichts der Entdemokratisierungsprozesse, die durch autoritäre rechtspopulistische Parteien in Europa vorangetrieben werden, das Ziel einer Stärkung von Demokratie – auch die Selbstbestimmung von Frauen – in weitere Ferne.

Kennzeichen feministischer Demokratiebestrebungen und -theorien ist seit den 1970er-Jahren ihre Input-Orientierung, also der Fokus auf Partizipation, sowie die Unzufriedenheit mit dem Modus der Repräsentation als Demokratie beschneidendem und politische Männlichkeit reproduzierendem Mechanismus. Partizipative feministische Demokratietheorien legten daher den Schwerpunkt auf basisdemokratische Entscheidungsmuster oder auf direktdemokratische Verfahren (Holland-Cunz 1998). Feministisch-deliberative¹ Demokratietheorien hoben die Bedeutung von kommunikativer zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit für eine Strategie der Demokratisierung hervor, so beispielsweise Seyla Benhabib (1996) und Jean Cohen (1996) oder Iris Marion Youngs (2001) Konzept der ›Gruppenrepräsentation‹ (zusammenfassend Lang 2004).

Judith Squires (2007, 16f.) schlägt ebenfalls deliberative, zivilgesellschaftliche Verfahren als einen kritischen Fluchtpunkt gegen die begrenzenden Effekte von Repräsentationspolitik vor. In Governance-Mechanismen sowie im »messy process of participatory democracy« (ebd., 18) sieht sie Chancen für die Eröffnung neuer Räume der Kooperation zwischen staatlichen AkteurInnen, NGOs und »sozialen Entrepreneurs« (ebd., 176). Die Präsenz und Repräsentanz von Frauen in politischen Institutionen soll durch das advokatorische Handeln von Frauen (und Männern) in einer »expansiven Demokratie« (ebd.) ergänzt werden.

Postkoloniale und dekonstruktivistische Einwände sensibilisieren für die Engführungen des politischen Repräsentationsgedankens, der zum einen auf biologischen Unterschieden von Männern und Frauen basiert und zum anderen lediglich auf die Integration von Frauen in ein männliches politisches System abzielt. Allerdings bleibt letztlich das Problem, wie und unter welchen Umständen nicht-identitäre, anti-repräsentationalistische Politik institutionell gelingen kann, ungeklärt. So stellt Hito Steyerl (2007, 4) zwar die richtigen Fragen, ob es eine »Solidarität jenseits der Identität« gebe, wie also ein »politisches Subjekt jenseits von Staat, Kultur und Identität zu konstruieren« sei – doch die Antwort bleibt sie schuldig. Auch Chantal Mouffes (2008) Vorschlag einer nicht-repräsentationalistischen Politik agonistischer² Praxen bleibt ein von sozialen Kräfteverhältnissen enthobener abstrakter Mechanismus (siehe auch Kreisky/Löffler 2010).

Diese kritischen Einsätze gegen Repräsentationspolitik können vor dem Hintergrund aktueller Transformationen von Demokratie nicht zufrieden stellen, verfehlen sie doch den Zusammenhang von politischen Institutionen und sozialen sowie ökonomischen Verhältnissen. Deshalb bedarf es m. E. einer Perspektive, die die ökonomischen und sozialen Verhältnisse wieder stärker in den feministischen demokratietheoretischen Blick rückt. Anders gesagt: Die Debatten um Repräsentation müssen in sozialen Verhältnissen – auch in ungleichen Geschlechterverhältnissen – kontextuali-

siert werden, und Repräsentationsprozesse müssen als Praxen sich transformierender patriarchalisch-kapitalistischer Gesellschaften lokalisiert werden, so dass die Verschränkung und Überlappung von Geschlecht und Klasse für eine feministische, aber auch überhaupt für demokratisch-emanzipatorische Politik deutlicher in den Blick genommen wird.

Ich möchte deshalb eine feministisch-materialistische Sicht auf die liberale Demokratie als Repräsentationsform kapitalistisch-patriarchaler Gesellschaften vorschlagen, um die offenen Fragen der Repräsentationskritik und der Wiedergewinnung einer partizipatorisch-emanzipativen Perspektive zumindest ansatzweise beantworten zu können. Eine solch feministisch-materialistische Sicht betrachtet den Staat und seine Institutionen als Arenen der Verdichtung von (geschlechtlichen) Ungleichheitsverhältnissen – also als Teil sozialer Verhältnisse (Jessop 2009). D.h. staatliche Institutionen und demokratische Mechanismen – wie z. B. Repräsentation – sind Teil eines gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs, also Teil eines sozialen und ökonomischen Kräftefelds. Das klassen- und geschlechtsspezifische Kräftefeld moderner demokratischer Staatlichkeit ist durch ein »Trennungsdispositiv« (Sauer 1999) gekennzeichnet, das gesellschaftliche Widersprüche um Arbeit und Generativität³ prozediert, indem es diese Widersprüche in Gegensätze überführt, nämlich in die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft bzw. Ökonomie, zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit, zwischen privat und öffentlich sowie zwischen emotional-affektiv und rational. Dieses Trennungsdispositiv ist ein geschlechts- wie auch klassenspezifischer Herrschaftsmechanismus, führt es doch soziale Ungleichheiten im Feld von Arbeit und Generativität fort. Geschlechtermacht und -herrschaft gründen also in gesellschaftlichen Verhältnissen und werden auch in demokratischen politischen Institutionen verstetigt. Ein materialistisch-feministisches Staatsverständnis macht somit deutlich, dass sich geschlechtsspezifische Herrschaftsverhältnisse auch in der männlich dominierten Zivilgesellschaft formieren und sich in (staatlichen) Strukturen und demokratischen Institutionen ab- bzw. ausbilden, also in heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit.

Die liberal-repräsentative Demokratie ist also keineswegs hinreichend verstanden, wenn sie als ein mehrheitsbezogenes Verfahren der Elitenauswahl, der Repräsentation von Interessen und der Entscheidungsfindung dargestellt wird. Demokratie ist nicht nur eine Regierungsform, sondern demokratische Institutionen und Verfahren sind konflikthafte Praxen, die die notwendigen Kompromisse zwischen den konfligierenden sozialen Kräften verstetigen (Demirović 2001, 157). Auch Repräsentation ist also ein Mechanismus liberaler Demokratien, der die sozialen Ungleichheiten, Konflikte und Auseinandersetzungen in politisch stabilen Formen und Institutionen organisieren soll.

Die Repräsentationstechnik dient darüber hinaus dazu, Kompromisse zu schmieden und Zustimmung, also Hegemonie herzustellen. In Repräsentationsakten werden hegemoniale Wahrnehmungs- und Wissensformen von Demokratie, aber auch von Geschlecht erarbeitet und ausgehandelt. Repräsentiert werden nur machtvoll soziale Kräfte, während schwache durch den Repräsentationsvorgang unsichtbar und stumm gemacht werden. Repräsentativ-demokratische Verfahren stellen also die sozialen Macht- und Herrschaftsverhältnisse und die geschlechterungleichen Kräftekonstellationen im kapitalistisch-patriarchalen Staat nicht nur dar, sondern auch immer wieder her. Auch Zweigeschlechtlichkeit ist in liberal-repräsentative demokratische Institutionen und Verfahren eingeschrieben.

Eine Wirkweise des Repräsentierens ist hierfür besonders relevant: Politische Repräsentation lässt nämlich Gesellschaft, also das zu repräsentierende Abwesende, verschwinden; die Gesellschaft und ihre Widersprüche werden gleichsam durch den Repräsentationsakt substituiert. Das liberale Repräsentationskonzept ist somit eine zentrale Form, um soziale Konflikte im Raum des Politischen unsichtbar zu machen und damit still zu stellen. Repräsentation wird zum Ersatz für gesellschaftliche Auseinandersetzungen, ja als solche Ersatzhandlung stellt sie die Illusion sozialer Gleichheit her. Diese hegemoniale Konstellation bringt die BürgerInnen im Akt der Repräsentation zum Zustimmung zu und zum Verstummen gegenüber sozialer Ausgrenzung und Ungleichheit. Das »Paradox der Demokratie« (Young 1993, 279), dass nämlich politische Gleichheit auf einem Untergrund sozialer Ungleichheit, auf Geschlechterungleichheit und heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit basiert, kann somit innerhalb der liberalen Demokratie nicht aufgelöst werden.

Staaten und Demokratien sind aber stets umkämpfte Projekte, die diskursiv-hegemonial abgesichert werden müssen (Brown 1992, 14ff.), Kompromisse, die im Modus demokratischer Verfahren prozediert werden. Daraus ergibt sich die Chance, dass sich auch soziale Kräfteverhältnisse im Kampf um Repräsentation neu ordnen, dass also Repräsentationspraxen auch soziale Verhältnisse, z.B. Geschlechter- oder Klassenverhältnisse, transformieren können. Das gesellschaftliche Ringen um politische Kompromisse und Hegemonie, das Kennzeichen liberaler Demokratien, birgt also Möglichkeiten der Veränderung exkludierender Staatsverhältnisse und der Transformation ungleicher kapitalistischer Konstellationen und somit Freiheitsgewinne auch für Frauen. Allerdings läuft dieses gleichstellungspolitische Regieren stets Gefahr, erneut Ausschlüsse und Engführungen zu produzieren. Erst die Befreiung vom Geschlecht – im Sinne zweigeschlechtlicher heterosexistischer Zuschreibungen – öffnet neue Perspektiven auf Demokratie, auf Selbstbestimmung, d.h. auf neue Formen des Mensch- und Subjektseins und des gemeinsamen Handelns jenseits

zweigeschlechtlicher Zuschreibungen. Erst die Befreiung vom Geschlecht eröffnet daher eine genuin emanzipatorisch-demokratische Perspektive.

Vor diesem theoretischen Hintergrund braucht eine transformatorische demokratiepolitische Perspektive mindestens dreierlei: *Zum einen* bedarf es Verfahren, die die liberalen Repräsentationspraxen kritisch hinterfragen, die den repräsentativen Raum immer wieder zu entgrenzen und die damit verbundenen Herrschaftsstrukturen aufzulösen vermögen.

Diese Gedanken sind der feministischen politikwissenschaftlichen Repräsentationstheorie nicht fremd, hat sie sich doch dekonstruktivistische Überlegungen zu eigen gemacht. In Jane Mansbridges (1999, 638) Konzeption beispielsweise ist Repräsentation nicht mehr nur »Darstellung«, sondern auch »Performanz«, ein »creative act«. Mansbridges (2003, 516ff.) Modell der »anticipatory representation« impliziert eine responsive Form des Handelns politischer RepräsentantInnen, die die zukünftigen Interessen ihrer WählerInnen nicht nur zu antizipieren suchen, sondern – wie sie hervorhebt – diese Interessen überhaupt erst kreieren. Diese performative kommunikative Idee der Repräsentation weist über blosses Handeln in politischen Institutionen hinaus und bezieht die BürgerInnen aktiv in den politischen Repräsentationsprozess ein – und zwar nicht nur im Moment der Stimmabgabe. Mansbridges Konzeption erlaubt es also, Repräsentation als gemeinsame, Gesellschaft transformierende Aktivität zu denken.

Darüber hinaus brauchen Demokratien *zweitens* Mechanismen, um das durch Repräsentation aus dem politischen Raum Ausgeschlossene, nämlich soziale Ungleichheit, präsent und dadurch den Mythos der Repräsentation sichtbar zu machen. Soziale Ungleichheiten können zwar durch Repräsentation nicht unmittelbar verändert, ihre Nicht-Repräsentation kann aber demonstriert werden. Eine solche ›demonstrative Politik‹, wie ich dies nennen möchte, muss als eine Arena, als kontroverse und umkämpfte Praxis jenseits und in Ergänzung von Parteienkonflikten, aber auch jenseits einer Zivilgesellschaftsidylle gedacht werden. Beispiel einer solch ›demonstrativen Politik‹ war die Tradition des 1. März als ›Transnationaler Migrant_innenstreik‹. Auch der 8. März, der sich in Lateinamerika und Südeuropa als Frauentreiktag etablieren konnte, ist eine solch demokratisierende Bewegung, die Frauenleben und geschlechtsspezifische Gewalterfahrung zum Ausgangspunkt von Demokratisierungsprozessen nimmt. Allerdings können solche Praxen des »disrupt ›politics as usual‹«, also der Verweigerung von Zustimmung (Ackelsberg 2010, 193f.), nur eine Dimension selbstreflexiver demokratischer Neuerfindung sein.

Eine solche Selbstreflexivität demokratischer Repräsentationsverfahren als ›demonstrative Politik‹ muss in nicht-repräsentationalistischer Politik münden. Dies heisst – und dies ist die *dritte Erfordernis* demokratischer Politik –, dass soziale Ungleichheiten und Kräfteverhältnisse nicht nur re-

präsentiert und dargestellt werden sollen, sondern dass sie ganz unmittelbar zum Ziel und Gegenstand des politischen Prozesses gemacht werden müssen. Kurzum: Demokratische Verfahren müssen soziale Verhältnisse und die dahinterstehenden Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit politisch sichtbar machen, damit ungleiche kapitalistische und geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen thematisiert und revolutioniert werden können. Dies kann nur durch die direkte Teilnahme dieser Menschen am gesellschaftlichen und politischen Prozess gelingen; nur dadurch wird die Gefahr identitätslogischer Verallgemeinerungen reduziert. D. h. der Partizipationsgedanke in Demokratiekonzepten muss wieder gestärkt werden.

Dazu muss feministische partizipatorische Demokratietheorie einen räumlichen und einen neuartigen modalen Fokus entwickeln. Partizipation bezieht sich dann zum einen auf Räume demokratischer Teilnahme, die über klassische Orte demokratischer Partizipation und Entscheidung der Parteiendemokratie hinausgehen. Demokratiepolitische Innovation braucht also ein weites Verständnis von Politik und demokratischem politischem Handeln. Angesichts aktueller Prozesse der Entparlamentarisierung oder der Vereinnahmung des parlamentarischen Raums durch rechte ausgrenzende, rassistische und autoritäre Parteien braucht es neue demokratische Diskussions- und Entscheidungsorte, die die Trennungen von öffentlich und privat, von produktiver und reproduktiver Arbeit, von Produktionsmittelbesitzern und ArbeiterInnen, von Staat und Gesellschaft überwinden. Demokratisches Handeln findet in allen sozialen Feldern, in der Ökonomie, der Arbeit, in der Familie und im Haushalt statt, und partizipative Diskussions- und Entscheidungsprozesse müssen am Arbeitsplatz, in Betrieben initiiert werden. Vor allem aber der Arbeitsplatz Haushalt, wo der Hauptteil gesellschaftlich notwendiger Fürsorgearbeit erbracht wird, muss Teil eines radikalen Demokratisierungsprojekts werden. Die Neuorganisation von Care-Arbeit, in die ja Zweigeschlechtlichkeit nach wie vor eingelagert ist, kann die tradierten Vorstellungen von Arbeit, von Ökonomie, von Wert und Anerkennung fundamental in Frage stellen und »revolutionieren« (Winker 2015). Isabell Lorey bezeichnet dies als »prä-sentische Demokratie«, wo »immer mehr gesellschaftliche Bereiche durch offene Versammlungen gestaltet werden, durch möglichst egalitäre Weisen der Teilnahme, um gemeinsame Angelegenheiten in den Kommunen oder in Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen selbst zu organisieren« (Lorey 2014, o. S.).

Zum anderen impliziert partizipatorische Demokratie auch neue Modi politischen Handelns wie Kooperation, Solidarität, Aktivismus oder Empathie (Hilmer 2010, 46). Die Anerkennung der grundlegenden Bedeutung von Emotionen und Affekten für politisch-demokratisches Handeln kann Ausgangspunkt einer ›affizierenden Demokratie‹ sein, die in gemein-

samem Handeln der Instrumentalisierung von Emotionen z.B. durch radikal rechte Parteien etwas entgegengesetzt.

Neben diesen neuen Räumen der Demokratie braucht es des Weiteren alternative Modi der politischen Organisation (Jessop 2009, 96). In Formen partizipativer Politik wie der Entscheidung über öffentliche Haushalte, so genannte BürgerInnenhaushalte, sowie in öffentlichen Gender Budgeting-Prozessen könnten beispielweise Debatten über Steuern von Betrieben und Kosten für die bislang unbezahlte Pflegearbeit eingebunden werden. Die Studien über eine ›Vitalisierung‹ von Demokratie, die Roland Roth (o. J.) zusammenstellte, zeigen, dass bereits eine ganze Reihe solch sozial-partizipativer Praxen existiert, die es in den demokratietheoretischen Raum hinein zu holen gilt. Freilich, und dies gilt es stets zu bedenken, sind auch solche Prozesse immer von Schliessungen begleitet, die in selbstreflexiven Mechanismen immer wieder zu öffnen sind.

In solchen partizipativen Prozessen ist, wie Hilmer (2010, 58ff.) zeigen konnte, Solidarität, also gemeinsames politisches Handeln über Unterschiede hinweg, ebenso wie kollektive Verantwortlichkeit möglich. Praxen wie die Weltsozialforen (ebd., 60) erlauben Koalitionen unter Verschiedenen. Damit bieten solche Entscheidungsprozesse auch die Chance, dass soziale Ungleichheiten – nicht zuletzt Geschlechterungleichheit – kritisiert, bearbeitet und beseitigt werden. Dies ist eine mögliche Perspektive für eine post(neo)liberale Demokratie, die Geschlechterdemokratisierung auf einer breiteren Basis weiterentwickelt. Auch die in den letzten Jahren etablierte globale Praxis von Frauenstreiks ist eine Initiative, um öffentlich auf Geschlechterungleichheit – und beim Frauenstreik auch auf Gewalt gegen Frauen – hinzuweisen und Solidaritäten dagegen zu formen. Eine Garantie für die Transformation ungleicher sozialer Kräfteverhältnisse ist damit freilich nicht gegeben, wohl aber eine Möglichkeit.

Fussnoten

1 Deliberativ meint beratend und legt den Akzent auf die öffentliche demokratische Debatte, die echten Einfluss auf die Entscheidungsfindungen haben soll.

2 Mit agonistisch sind Praxen gemeint, mit denen Interessensgegensätze nicht gelehnet oder eingeebnet werden, ohne dass dabei der Gegner ›geschlagen‹ oder ›vernichtet‹ werden soll.

3 Unter Generativität wird die Fähigkeit zur Fortpflanzung, aber auch zur Sorge und Fürsorge für nachkommende Generationen verstanden.

Literatur

- Ackelsberg, Martha A. (2010): *Resisting Citizenship. Feminist Essays on Politics, Community, and Democracy*. New York/London.
- Benhabib, Seyla (1996): *Toward a Deliberative Model of Democratic Legitimacy*. In: Benhabib, Seyla (Hg.): *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*. Princeton.
- Brown, Wendy (1992): *Finding the Man in the State*. In: *Feminist Studies*, 18(Nr. 1), 7–34.
- Cohen, Jean L. (1996): *Democracy, Difference, and the Right of Privacy*. In: Benhabib, Seyla (Hg.): *Democracy and Difference. Contesting the Boundaries of the Political*. Princeton, 187–217.
- Demirović, Alex (2001): *NGO, Staat und Zivilgesellschaft. Zur Transformation von Hegemonie*. In: Brand, Ulrich u.a. (Hg.): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster, 141–168.
- Hilmer, Jeffrey D. (2010): *The State of Participatory Democratic Theory*. In: *New Political Science*, 32(Nr. 1), 43–63.
- Holland-Cunz, Barbara (1998): *Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt*. Opladen.
- Jessop, Bob (2009): *State Power. A Strategic-Relational Approach*. Cambridge/Malden.
- Kreisky, Eva/Löffler, Marion (2010): *Demokratieentwicklung im Kontext gesellschaftlicher Paradigmen*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 39(Nr. 1), 89–104.
- Lorey, Isabell (2014): *Von liberaler Herrschaftssicherung zur präsentischen Demokratie*. In: *Luxemburg*, Dezember, o.S. <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/kontrovers-partizipation-und-demokratie/> (Download 23.12.2018).
- Lang, Sabine (2004): *Politik – Öffentlichkeit – Privatheit*. In: Rosenberger, Sieglinde/Sauer Birgit (Hg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht*. Wien, 65–81.
- Mansbridge, Jane (1999): *Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent ›Yes‹*. In: *The Journal of Politics*, 61(Nr. 3), 628–657.
- Mansbridge, Jane (2003): *Rethinking Representation*. In: *American Political Science Review*, 97(Nr. 4), 515–528.
- Mouffe, Chantal (2008): *Das demokratische Paradox*. Wien.
- Roth, Roland (o.J.). *Handlungsoptionen zur Vitalisierung der Demokratie. Expertise für die Bertelsmann-Stiftung*, o.O.: Bertelsmann-Stiftung.
- Sauer, Birgit (1999): *›Politik wird mit dem Kopfe gemacht‹. Überlegungen zu einer geschlechtersensiblen Politologie der Gefühle*. In: Klein, Ansgar/Nullmeier Frank (Hg.): *Masse, Macht, Emotionen. Zu einer Politischen Soziologie der Emotionen*. Opladen, 200–218.
- Squires, Judith (2007): *The new politics of Gender Equality*. Houndmills, Basingstoke/New York.
- Steyerl, Hito (2008): *Die Gegenwart der Subalternen*. In: Spivak, Gayatri Chakravorty: *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien, 7–16.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld.
- Young, Iris Marion (1993): *Das politische Gemeinwesen und die Gruppendifferenz. Eine Kritik am Ideal des universalen Staatsbürgerstatus*. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer Herlinde (Hg.): *Jenseits der Geschlechtermoral. Beiträge zur feministischen Ethik*. Frankfurt/M., 267–304.
- Young, Iris Marion (2001): *Activist Challenges to Deliberative Democracy*. In: *Political Theory*, Vol. 5, 670–690.